

Wochenblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43.

Redaktion: Harz 42/43.

Kaiser, Kanzler und Volk.

Nach der Weihnachten wird sich der Reichstag mit den Initiativentwürfen der Sozialdemokratie, des Freiwilts und des Zentrums zu befassen haben, durch welche die Einführung einer wirklichen Ministerverantwortlichkeit im Reich gefordert wird.

Es ist ganz selbstverständlich, daß bei dieser Gelegenheit, spät aber doch, die Erklärung Willons zur Debatte gestellt werden und von dem Reichskanzler ein maßgebender Bericht über den Verlauf seiner Unterredung mit Wilhelm II. verlangt werden wird.

Nun planen die konservativen Reichstagsgegner nicht bloß, wie schon geplant, eine Debatte über die angelegte kaiserliche Erklärung mit allen Mitteln zu verhindern, sondern sie möchten am liebsten auch die Beratung der vorliegenden Initiativentwürfe vereiteln, deren Grundgedanken sie darin sehen, daß an die Stelle der monarchischen Regierung eine parlamentarische und schließlich eine demokratische gesetzt werden soll. „Auf diesem Wege“, erklärt die Deutsche Tageszeitung kategorisch, „gehen wir nicht einen Schritt mit. Wir werden allen beratenden Vorschlägen den denkbar schärfsten Widerstand entgegenstellen.“

So dann sucht sie den Antragstellern klar zu machen, daß sie nicht die mindeste Aussicht hätten, einen realen Erfolg zu erzielen. Wäre selbst der Reichstag den geplanten Verfassungsänderungen zustimmend, so würden diese doch am Widerstand des Bundesrates scheitern. „Es wird also“, fährt sie fort, „bei der Beratung der Entwürfe im Reichstagesrat geendet, oder wenn man es sehr ausdrücken will, ferres Straf gebracht werden.“ Nicht das Weitreiten aller Vorwürfe und keine Gesetzesänderungen täten not, sondern „aufrichtige Männer, die auch an den Stufen des Thrones den Mut der Wahrheit haben.“

Wie soll aber ein fremder Staat zu einem Reiche Vertrauen haben, in dem der Monarch — und dieser Monarch heißt Wilhelm II. — seine Handlanger nach Belieben, ohne Rücksicht auf Volkstimmung und parlamentarische Parteiloyalität einsetzt und absetzt? Nur durch eine energische Tat des Reichstages könnte Ordnung in die Reichsgeschäfte gebracht und der internationale Kredit des Reiches wieder gehoben werden.

Rechtlich ist der Reichstag zu dieser Tat nicht auf, dann steht das Urteil der Geschichte über ihn heute schon fest: **Rabensverrat ans Reich!**

Das ist freilich eine Art von Landesverrat, die das Strafgesetzbuch nicht kennt. Es steht kein Zuschlag darauf. Aber trotzdem ist dieser Verrat der Lebensinteressen des Volkes viel gefährlicher und schändlicher, als alle die bösartigen Landesverrate zusammen genommen, um herstellten schon Hunderten von Jahren Zuschuß verbürgt worden sind. — Wird sich der Reichstag in dieser ersten Stunde seiner Aufgabe wiederum nicht gewachsen zeigen, so wird das Volk bei den nächsten Wahlen leben müssen. Des Volkes Wille ist das höchste Gesetz!

Tagesgeschichte.

Halle, den 24. November 1908.

Aus dem Reichstages.

Am Montag wurde die Steuerkommission fortgesetzt. Für die freiwiltsige Volksliste sprach nicht, wie es erst geheißen, die Freiwilts-Partei, sondern Herr Wiemer, der die ganze feine Begriffsverwirrung auf den höchsten Oppositionstufen stimmte. Seine Angriffe gegen die Steuer- und Wirtschaftspolitik der Bismarckischen Erben waren klar; seine Absichten klagen bestimmt, aber die beifällige Aufnahme: „Inserne engstirnige Stellungnahme behalten wir uns vor“, und die Wandlungsfähigkeit des Freiwilts in der Debatteperiode rauden der Bestimmtheit bei ihrem Werte. Wir haben es nun schon weit genug erlebt, daß der domnende Volkstribun erster Lesung sich in den haarschnittlichen Senator dritter Lesung verewandelt hat. — Herr v. Rheinboldt befragte das sprechliche Schicksal der armen Erben in England, die für den Tod teurer Daniels und geliebter Leuten fürderlich an den Staat bleiben mußten. Der Landesherr, den die Verträge Rheinboldts bei der Vinten hatte, war überaus lieblich, wurde aber weit übertraffen durch den Oelan von Heiterkeit, den Herr Camm anstellte, als er seine im übrigen einschläfernden Darlegungen mit dem schönen Satz begann: nach tiefer Vorlage ist bei der Bevölkerung so beifällig aufgenommen worden, wie diese. Herr Schrader von der Freiwilts-Partei sprach im Sinne Wiemers. Der württembergische Kammerpräsident, der beim Vereinsgesetz sich durch seine Kompromißbereitschaft großes Lob verdiente, bildete dem in unangenehme Demokraten heraus und ließ so etwas von der Möglichkeit durchblicken, daß die linksliberale Fraktionsgemeinschaft ihre Haltung zur Finanzreform vor der Gewährung konstitutioneller Garantien gegen das persönliche Regime abhängig machen könne. Hoffentlich liegt man es nach Tisch nicht anders. Gewiss stehen die Interpellationen über das Grubenunglück zur Beratung.

Das Beamtenrecht in Preußen.

Seitdem es den Sozialdemokraten gelungen ist, den Vertretern des arbeitenden Volkes die Tribüne des preussischen Landtages zu erobern, machen die Verhandlungen den Drei-

klassenabstufungen offenbar wenig Spaß mehr. Daher das fortwährende Bedürfnis nach Sitzungspausen, obwohl der Verhandlungsstoff genug vorläge. Auch getrun wurde in eine reichlich vierzehntägige Pause eingetreten, während welcher die Dänen von täglich 16 Mark weiter bezahlt wurden. Das Kommunalsteuerprivileg der Beamten, die bisher nur die Hälfte ihres Gehaltes zu versteuern brauchten, soll befristet werden. Die Regierung hat sich aber nicht entschließen können, ganze Arbeit zu machen, sondern hat dieses Privileg nur für die neuereinstellenden Beamten aufgehoben, für die bereits angestellten aber bestehen lassen. Auch die Geistlichen und Lehrer bleiben wie bisher von den Kommunalsteuern befreit, und die Vorzüge der Ständeverträge analogieren würde den beiden Säulen des preussischen Landesrechts gewiß als revolutionäre Linien erscheinen. Genosse Hübsch, der sich für unsere Heine Fraktion mit der Tendenz der Vorlage einverstanden erklärte, hatte reichlich zu tun, alle diese Lücken und Halbkreise der Vorlage aufzudecken. Der Entwurf wurde schließlich an die verstärkte Gemeindefunktion verwiesen.

Einen ganz ähnlichen Charakter trägt der Gesetzentwurf über die Haftung für die Amtspflichtverletzung von Beamten. Für alle konstitutionellen Staaten des Auslandes ist es eine Selbstverständlichkeit, daß der Staat dem Bürger zu entschädigen hat, wenn dieser durch Übergriffe der Bureaucratie Schaden nimmt.

Bei uns dagegen hat der Gedanke nur ganz allmählich Platz gefaßt. Wie innerlich berechtigt er ist, beweist die Tatsache, daß dem zur Zeit der Reichsversammlung schon vor einer Reihe von Jahren einstimmig die volle Haftung des Staates für die Versehen seiner Beamten gefordert hat. Von einer solchen Regelung, die durch Reichsgesetz erfolgen müßte, ist der preussische Entwurf natürlich weit entfernt. Die Staatsarbeiten, die durch Anwesenheit eines Beamten Schaden erleiden, werden auf die Unfallversicherung abgedeckt, während der Mißbrauch seinen vollen Schaden ersetzt bekommt, und wenn der Beamte in einem Unfall von geistiger Störung gehandelt hat, bleibt es dem Gurdiainen der Regierung überlassen, ob sie überhaupt den angehenden Schaden ersetzen will oder nicht. Weiter noch Genosse Heumann in seiner trefflichen Kritik der Vorlage hervor, daß die Bureaucratie sich ein Sonderrecht in der Bestimmungen gefaßt hat, indem sie die Entschädigung über Schadenersatzklagen den Verwaltungsgerichten und nicht dem ordentlichen Richter übertrug. So ist der Entwurf nur eine völlig ungenügende Erfüllung einer alten selbstverständlichen Forderung. Gleichwohl erklären sich die bürgerlichen Parteien für hochbefriedigt. Ja, dem konservativen Abgeordneten Wiemer ging die Erfassung nicht noch viel zu weit; er fürchtete, daß die kleinen Schulgemeinden durch prägelnde Lehrer mit übermäßigen Schadenersatzklagen belastet würden. Recht kennendend für die Volksliste und für den jüdischen Geist. Der Entwurf sollte eigentlich an die Justizkommission gehen. Da aber in dieser ungenügend vertreten sind, bildete man rasch eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern und schloß anseher Vertreter darin ein. So ist die Sache und geblieben ist die Mehrheit der Sozialdemokraten. Der am Tagesordnung der nächsten Sitzung wird der Präsidium bestimmen. Wahrscheinlich findet sie am 10. Dezember statt.

Das unterbrochene Kaiser-Interview.

Die Reichswehr Zeitung World hat den Text eines sehr ausführlichen Kaisergesprächs veröffentlicht, welches nach den

Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Gerstäcker.

„Und woher des Wegs?“ fragte Nische, seinem Gattin einen Einuß hingeliegend und sich selber einen anderen herbeibringend. — „Nicht, machen Sie es sich bequem und legen sie die alte Zehle ab. Es ist heut warm draußen, und das Meinen greift an.“ Ich wenigstens will lieber einen ganzen Tag am Almbos als „die Stunde im Sattel sitzen.“

„Ja, lieber Herr, das ist hier in Australien eine schlimme Sache“, sagte Nische, der in der letzten häuslichen Szene reichlichen Spaß für die Bezauberung fand. — „Eine Frau, die hier einen liebevollen, nichtswürdigen Mann hat, ist kein verlorenes und könnte nur oberhalb gleich ins Wasser gehen. Ob's in der Luft liegt, oder in was sonst, aber die Menschen langen hier an zu saufen, und wo da nur erst einmal der Anfang gemacht ist, da geht es mit Willkürschnitten ins Uebel hinein.“

„Und was Sie daran haben, nicht?“ fragte er. — „Bei uns zu Hause, nun ja, da tranken sie sich wohl auch einmal einen Glas Wein an, und gehen dann zu Bett und schlafen aus, und wenn sie die Geschichte am anderen Morgen betrachten, so hat sie ihnen ein paar Zaler gelohnt, und damit ist sie fertig. Hier aber, und weiß Gott, wie sie's möglich bringen, liegen die Sträflinge nur so am Fenster hinaus, und für elenden, erbärmlichen Schnaps, den ich mir nicht einmal in den Rodämer

gesehen möge, werfen sie das ganze Vermögen hin. Der Mann hat auch nur der Ernt zurück, und somit war es doch eigentlich ein ganz rezipitierlicher Mensch und konnte merkwürdig geliebt werden. Hände hatte er wie ein Frauenzimmer so weich, aber laufen tat er wie zwei Drakonen. Ja, ja, hier wie eine Tochter hat, soll wohl zugehen, oder er einen ordentlichen und braven Mann für sie findet, sonst ist die Sache faul, und der Teufel baut sich sein Nest in die Wirtschaft.“

„Sie sind verheiratet, nicht wahr?“ — „Ich ja, das will ich meinen, laßte Nische. — „Und wie! Ein Bauer ohne Frau sollte ein lebendes Leben führen — ist es so manchmal wie Sie. Sie sind ledig?“ — „Widerrnen.“ — „Und kommen von Melbourne durch den Busch?“ wiederholte, noch immer erkaunt, Nische vor sich hin, „alle Gogel, das muß ein weiter, langweiliger Weg sein! Die ist mir denn, es hier ja netlich einmal, daß sie drüben in Neu-Edwards wieder ein paar Beise mit Buschschneidern und Schwärzen gehabt hätten. Nicht davon redet!“ — „Gehört allerdings“, erwiderte der Fremde, „aber, lieber Gott, solche Sachen werden gewöhnlich entsetzlich übertrieben. Aus einer Frau wird immer gleich ein Elefant gemacht.“ — „Ja, da haben Sie recht“, laßte Nische, der an Herrn v. Nisch dachte, „am Aufsteigern ist's immer hinaus zu nicht, die wachen gerade so did und doch wie die Gummibäume. Aber da kommt Ihre Frau, ach bitte, Herr Schönbauer, sehen Sie doch auch ein treue Mutter und Brot mit auf den Tisch — die kalte Milch allein ist am Ende nicht einmal was nütze.“ — „Es tut mir leid, daß ich Ihnen so viele Mühe mache.“ — „Bapperlabapp“, rief er ab und zu, „man wird doch einem Gogel wohl noch Milch und Brot vorsetzen dürfen! Das ist hochschuldig, das vorzuziehen, was man für ihn tun kann. So Frau doch übersehen, sie nur so gut und stellen es dort auf den Tisch; Sie langen nachher schon selber zu. Nischen tu' ich nicht; da heißt's und nun lassen Sie sich's schmecken und wußt bekommen!“

(Fortsetzung folgt.)

Donnerstag, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr im „Volkspark“, Burgstrasse 27

öffentl. Volks-Versammlung.

Tagesordnung:

„Das steuerliche Ausnahmegesetz gegen die Konsumvereine im preuss. Landtag.“

Referent: Redakteur **H. Pens**, Dessau.

Arbeiter, Parteigenossen! Nicht allein im Reichstage, sondern auch im Landtage harren Steuervorlagen der Erledigung, die das arbeitende Volk wesentlich bedrücken. Ueber diese Steuervorlage gilt es, sich nicht allein Aufklärung zu verschaffen, sondern auch dagegen zu protestieren.

Zu diesem Zwecke hat die hiesige Parteileitung in Gemeinschaft mit dem Gewerkschaftsrat sich zur Einberufung einer Volks-Versammlung veranlaßt gesehen und erwarten nun zahlreiche Beteiligung, auch der Frauen.

Die Herren Landtagsabgeordneten **Dr. Keil** und **Karl Schmidt** sind zu dieser Versammlung eingeladen worden.

Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

J. A.: Karl Reiwand, Satz 42/43.

Wandbilder und Wandsprüche.

Von Mittwoch vormittag ab verkaufen wir **welt unter Herstellungspreis**

ca. **300** Stück

Wandbilder mit eleg. Rahmen in all. Grössen

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
25x56 cm	35x56 cm	57x79 cm	50x60 cm	60x75 cm
Jetzt Stück 42 Pf.	92 Pf.	1 50	2 45	2 95

Ein grosser Posten Salonbilder weit unter Preis.

M.BÄR Grosse Ulrichstrasse 54.

Weissenfels. Protest-Versammlung.

Mittwoch, den 25. November, abends 8 Uhr im „Volkshaus“ öffentliche

Tagesordnung: Die geplante Gesellschaftsteuer vor dem Abgeordnetenhaus, ein Ausnahmegesetz gegen Konsumvereine. Ref.: Verbandssekretär **Rupprecht**, Zeitz. — Freie Diskussion.

Zu der Versammlung sind die Herren Abgeordneten des Kreises Dippoldisdorfer- und Wilsdruffer-Meeritzbrieflich eingeladen. Jedermann hat freien Zutritt. Der Einberufer.

Ortskrankenkasse zu Schkenditz. General-Versammlung.

Montag den 30. November 1908 abends 8 Uhr im grossen Saale des Lindenhofes

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht pro 1908. 2. Erwahlung der Vorstandsmitglieder. 3. Wahl der Revisoren und Erbsamänner zur Prüfung der Jahresrechnung. 4. Erwahlung von zwei beabsichtigten Krankenskontrollleuten. 5. Anträge. (Einführung des Proportionalwahlrechts). 6. Bericht über den Krankentafelungs-Verbandstag in Bernburg. 7. Verschiedenes. Münchliches Ersuchen erwünscht. Der Vorstand. **W. Schaefer**, 1. Vorsitzender.

Stadt-Theater in Halle a. S.

Direktion: Hofrat **W. Richards**. Mittwoch den 25. November: 78. Ab.-Vorst. Umtausch gültig, 1. Viertel. **Wallenstein-Trilogie.** 2. Abend: **Wallensteins Tod.** Trauerspiel in 5 Akten von **Friedrich von Schiller**. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr.

Donnerstag den 26. November: 74. Ab.-Vorst. Umtausch gültig, 2. Viertel.

Sam 4. Titel: **Aida.** Große Oper in 4 Akten von **G. Verdi**.

Apollo-Theater.

Direktion: **Gust. Poller**. Gastspiel des großen oberbayr. Bauerntheaters. Dir.: **Michael Dengr**. Heute, Dienstag, 24. Nov.: „Um Lieb und Leb'n“. Goldstück m. Ges. u. Tanz in 4 Akten v. **Hans Werner**. Mittwoch, d. 25. Nov.: **Der Wissenswurm.** Bauernfarsche m. Gesang und Tanz in vier Akten von **Ludwig Anzengruber**.

Eleg. Kleidersekretüre nur 27 Mark, Vertikow 34 Mark, Schreibische 32 Mark.

Gr. A'swahl in Ausstattungen. **Karl Bieler**, Albrechtstr. 39, fein Leder.

Ein Schultourntasche verloren. Abzugeben **Unterberg 12**.

Am 20. Nov. morgens 7 Uhr entschlies nach kurzem, schwerem Krankenlager unsere innigstgeliebte Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante **Else Wegewitz** im Alter von 25 Jahren. Im tiefsten Schmerze. **Familie Wegewitz.** Die Beerdigung findet Donnerstag, d. 26. Nov., nachm. 3 1/2 Uhr von der Kapelle des Nordfriedhofes aus statt.

Zurückgekehrt vom Grabe meiner lieben Tochter und Schwägerin **Anna** sagen wir allen, welche sie zur letzten Ruhe geleiteten und ihren Saum mit Blumen schmückten, unseren innigsten Dank. Halle und Wittenberg. Die trauernden Hinterbliebenen **Pauline Lennig** nebst Kindern.

Zeit. Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Freundin **Otto** sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank. **Moritz Perlich** und Frau.

Walhalla-Theater.

Jeden Abend 8 Uhr: Spezialitäten-Vorstellung ersten Ranges. Mor ab, Mittwoch, Vorstellung Leb. Photographien nachmittags 4 Uhr: Das Original herein in ihrem Billard-Akt. Eintritt: Erwachsene 20, Kinder 10 J.



Sieben erschienen: **Wahrer Jakob 1908** Nr. 24. Preis 10 Pf. Gleichheit Nr. 4. Preis 10 Pf. Zu beziehen durch alle Ausleger und die Volksbuchhandlung, Satz 42/43.

Carl Schaefer, Grosse Steinstrasse 29. Ein großer Vollen vorjährige Sessel werden mit 15 Prozent Rabatt ausverkauft.

Weissenfels. Heute, freitags **Wurst u. Zwiebelwurst** empfiehl. **Klehn, Schillerstr. 2.** Morgen Mittwoch **Schaahtofest.** Fr. Langenhagen, Satz 29, Ecke Georgstr.

Schuhwarenhändler empfehle mein großes Lager in **Filzschuhen u. Pantoffeln** zu billigen Engros-Preisen. **H. Elkan** Kaufhaus Halle a. S., Leipzigertr. 87.

Falkenhain. Sonntag, den 29. November

Grosse Abend-Unterhaltung, ausgeführt vom Sozialdemokratischen Verein hierseits. Hierzu ladet freundlichst ein **Friedrich Bontzsch**.

Freibank Zeitz. Hoher Verdienst bietet sich fireibamen Zeiten jeden Berufs durch die Uebernahme der Vertretung prüflicher Reueheiten. Einmal Kapital zur Uebernahme eines H. Lagers, erf. Off. u. G 2211 an Gassenstein u. Vogler A.-G., Magdeburg.

K. Böhlerts Rossschlächterei

Glauchaerstraße 75 dicht an der Glauchaischen Kirche und Pflanzhöhe 43 empfiehlt die Woche in bekannter Güte: **frische Fleisch- und Wurstwaren.**

Die gegen Frau **Amalie Bolot** aus Anhaltische angeschlossenem beidseitigen Neben nehme ich zurück. **Diestan. Otto Scheibe.**

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleischen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Stadtverordneten-Sitzung

Montag, den 23. November 1908, nachmittags 4 Uhr.

Vorsitz: Stedner.

Eingänge: Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Vorsitzende ein vom deutschen Kaiser gelandetes Telegramm bekannt, das auf das bevorstehende Ende des ersten Weltkrieges hinweist. Die Arbeiter des öffentlichen Bedarfs bitten um einen Anstandslohn von 40 Prozent, freigegeben bis 42 Prozent pro Stunde und Beschäftigung, wofür die Gegenmaßnahme zum Schutz der Arbeiter bei schlechtem Wetter ist. Die Eingabe, die dem Magistrat noch nicht zugestellt worden ist, wurde auf acht Tage zurückgestellt, um einen eventuellen Beschäftigung des Magistrats abzuwarten. — **Stadt:** Wie hat der Vorsitzende ein Schreiben zugesandt, in dem er mitteilt, daß er vor acht Tagen schon gegen die Beschäftigung des ersten Bürgermeisters Beschwerde eingeleitet habe. Er protestiert aber dagegen, daß der Herr Oberbürgermeister bei der Gelegenheit mit seinem Eingreifen den Bericht gemacht habe, die Niederschrift dieses zu bekräftigen. Sein Ziel, Beschäftigung der ersten Bürgermeisters, ist in der Stadtordnung, nach einem Einspruch, zwischen dem Vorsitzenden und dem ersten Bürgermeister, daß sein Protestschreiben den Akten einverleibt wird. Herr Wie macht aber noch die treffende Bemerkung, daß, wenn man den § 44 der Stadtordnung nach der Ansicht gewisser Herren auslegt, bei gewissen Fällen mancher Beschäftigter und unter Umständen auch einmal ein Richter, der die Bestimmung nicht teilschließen darf. — **Wittgenstein:** Was nach der Sache vorzugehen, betreffend Umgestaltung des Platzes an der Goldenen Krone, Mittelbewilligung zur Instandsetzung des Gutes Ginitz und Mittel zur Arbeitslosenabfuhr, eingegangen sind. Darauf wurde in die Tagesordnung eingetragen.

Zum Kaufe des Grundstücks Friedrichstraße 65 wurde zugestimmt. Es sollen aber dem Verkäufer Antonmann Schneegöbel 20.000 Mk., sondern 18.000 Mk. nach den Beschäftigten der Ausschüsse gezahlt werden.

Die Anlegung eines öffentlichen Platzes Ecke Meschburger- und Gutterstraße wurde beschlossen. **Stadt:** Ein er fragte bei dieser Gelegenheit an, wie es denn nun mit den Hoffmannsarbeiten sei und warum die Arbeiten im Amtsgarten und der Wäldchen nicht in Angriff genommen wurden? Vor etwa drei Wochen hat die Finanzverwaltung die Arbeiten als beendet erklärt, und es geht nicht vorwärts. — **Stadtbaurat:** Kammerer meint, die betreffenden Beschäftigten wären erst vor 14 Tagen gefestigt worden und heute arbeiten schon 50 Mann an der Bruchstraße. Im Amtsgarten müßten Sprengarbeiten vorgenommen werden, weshalb die Arbeiten nicht so schnell vor sich gehen könnten. Es arbeiten aber schon zwölf Mann dort. (Zur Zeit ist das noch nicht.) — **Stadt:** Ziele meint, daß noch drei Vorlagen, die Beschäftigung finden, der Trauhen ein verlangt worden ist. Natürlich soll man jedenfalls zunächst die verheirateten Arbeiter einstellen; aber das Verlangen des Trauhen ist doch wohl eine Unmöglichkeit, die jedenfalls nur auf den Minderen eines Subalternbeamten zurückzuführen ist. Die Anlegung der Arbeiten protestiert. **Stadtbaurat:** Kammerer meint, daß von Arbeitern bei dem Amtsgarten nur Arbeit der Trauhen verlangt worden ist. — **Stadt:** Ziele erklärte, wenn Stadtbaurat Kammerer bezweifelt, daß der Trauhen verlangt worden ist, so könne er, Ziele, die Namen nennen, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Namen nicht passiert. — **Herr Kammerer:** Darauf, daß solchen Arbeitern nichts geschähe. — **Damit** die Sache erledigt.

Die Anlegung eines öffentlichen Platzes am 1. Juni 1908 genehmigen § 11 der Freiheitsordnung wurde genehmigt und eine neue Fassung des Paragraphen beschlossen. — **Stadt:** Ziele rügte bei dieser Gelegenheit, daß der Beschäftigten Gewinn bei der Derrichtung des Freiheitsdenkmals so hoch sei.

In Instandsetzungsarbeiten an den Arbeiterhäusern und Stallgebäuden auf dem Gute Ginitz werden zwei Raten von 14.500 Mk. und 2.500 Mk. verlangt. **Stadt:** Hinderer beantragt, von dem Derrichtungswert die Hälfte mit 4 Prozent verzinst zu verlangen, die für Aufwendungen verlangt werden, die über die Instandsetzungsarbeiten hinausgehen. Verlangt man die 4 Prozent nicht, dann könne man einen Wagnerslohn, auf den sich nachher aber berufen können. — **Stadtbaurat:** Grotz meint, man solle um die vierhundert Mark nicht so viel Aufhebens machen. **Stadt:** Ziele: Können hier keine Summen in Frage kommen. Die Hälfte der Wäldchen ist zu bezahlen. Auf die Summe konnte es aber hierbei gar nicht an, sondern darauf, daß der Pachtervertrag so angewendet wird, wie er ist. Herr Grotz hätte damals sehen müssen, wie die Gebäude zu beschaffen sind. Der Wäldchen sollte nicht bloß die Veranlagung, sondern auch die Amortisationskosten zahlen. Man hat man in 18 Jahren ist nichts geschahen und das Gut in Grund und Boden verlohren worden. Wäre es nicht möglich, die Mitglieder der Landesgüterdeputation zur Verantwortung heran zu ziehen?

Stadtbaurat: Hinderer meint, es sei gar nicht so sehr verwunderlich, wenn das Gut jetzt so beschaffen sei. Im Jahre 1889 hätten die Instandsetzungsarbeiten die Fortforderungen für Reparaturen und Instandsetzungsarbeiten abgedeckt. Das Kollegium benötigte schließlich die verlangten 40.000 Mark.

Vorberatung des Grundbesitzes nach dem gemeinen Wert wurde eine Kommission aus folgenden Mitgliedern des Kollegiums gebildet: Dembier, Kesse, Ziele, Springer, Stedner, Gilmann, Dertel, Röhme, Wumentritt, Giegler, v. Hume, Reichardt, Steinbrück, Knabe und Derscheid. **Stadt:** Ziele hat gebeten, die Mieter mehr zu beschäftigen, da er bei einigem Mieter in der Kommission sei und die anderen Kommissionsmitglieder alle Haus- und Grundbesitzer, ja zum Teil Vorstandsmitglieder des Haus- und Grundbesitzvereins wären. — **Der Aufseher** auf der Verzeichnungsliste war aber nur der Stadt. Was nachgeholt.

Die Einstellung zweier Kranken-Ärztinnen im Siechenhaus wurde beschlossen und die erforderlichen Mittel dazu bewilligt.

Eine längere Debatte wurden 500 Mk. aus der Wäldchen-Einkünfte zum Zweck der Beschäftigung bewilligt und die Einrichtung eines Kinderzimmers im Amt genehmigt.

Ueber die Beitritt wegen Einstellung des Sanitätsrats mit Antritt seitens der Schlichter und Viehhofverwaltung referierte

Stadt: Ziele, der namens des Beitritts-Ausschusses hat, die Wünsche der Betrittsmitglieder als Material zu überreichen. Herr Döhler sprach sich auch abendlich gegen die Einmündung auf den Schlachthof aus. Dagegen wandten sich die Stadträte Dr. Busch und Richter, sowie der Stadtbürgermeister Dehne. Protestiert wurde besonders dagegen, daß die Schlacht- und Viehhofverwaltung solle außerstande mit Kunstseide werden. Davon könne gar keine Rede sein. Das Eis werde nur auf dem Schlachthof verkauft. — **Stadtbürgermeister:** Era u beantragte, über die Beitritt zur Tagesordnung überzugehen. — **Stadt:** Ziele erklärte sich gleichfalls gegen die Beitritt mit dem Hinweis, die Stadt könne es sich nicht nehmen lassen, Eis in kleinen Quantitäten abzugeben. Die anderen Eisverwahrer würden nur die Kontranten durch den Schlachthof nicht, das sie den Preis billiger können. — Die Beitritt wurde schließlich durch Hebranz zur Tagesordnung übergeben.

Ueber die drei Beitritts wegen Einführung einer ununterbrochenen Aufhebung von 30 Stunden für den Sonntag referierte **Stadt:** Giegler, der, da meinte, die Wünsche der Betrittsmitglieder jetzt nicht zu erfüllen: die Betrittsmitglieder sich schon so lange geduldet, bis die Sonntagsruhe für die Handbessergestellten reichlich erfüllt geregelt wurde. Es wird empfohlen, über die Beitritt zur Tagesordnung überzugehen.

Stadt: Ziele trat für die Beitritt ein mit dem Hinweis, wenn man so lange warten solle, bis die Sonntagsruhe reichlich geregelt sei, dann wäre die Eingabe überflüssig. Alle gegen die 30-stündige Aufhebung geltend gemachten Gründe seien nicht stichhaltig. Was hat die Geschäftsmittel für einen Varm geschlagen bei Einführung des Achtstundentages? Und jetzt frage man einmal die Geschäftsmittel, ob sie gewillt sind, ihre Geschäfte wieder bis 9 und 10 Uhr abends öffnen zu wollen. Falls ihnen gar nicht ein. In einigen anderen Städten habe man diesbezüglich schon beobachtet gewirkt; also überwiege man dem Magistrat die Beitritt zur Tagesordnung. Im Verhältnis zum Gesamtumsatz kommt die Sonntagsruhe nicht in Betracht. Außerdem ist es eine ganz in der Luft liegende Annahme, daß die Einnahme, wenn die Sonntagsruhe nicht gemacht werde, ganz wegfalle. Schließlich ist nicht das Interesse der Arbeiter sondern das der Angestellten bei der Frage maßgebend.

Der Vorsitzende erklärte sich gegen die Berücksichtigung der Beitritt. Durch Einführung einer solchen Aufhebung würde die Arbeiterschaft sich selbst schaden und die Handbessergestellten von Gehälte verdrängen. Man müsse sich den jetzigen Sitten und Gebräuchen fügen. Wohin soll das führen? Schließlich will die Arbeiterschaft Sonntag nicht mehr machen und dann bekommen wir in den Hotels z. nicht mehr zu essen. Redner weist auf die englischen Sonntagsbeverhältnisse hin, die für uns abschreckend wirken sollen.

Stadt: Ziele entgegnete, wenn man sich jetzt den Vorkessiten fügen soll, so muß man doch nachher, wenn die Ruhe reichlich geregelt ist, auch mit den Sitten brechen. Also solche Gründe gegen die Ruhe der Handbessergestellten seien doch sehr schwach. Und ist denn das Geschäft, das hier mit auswärtiger Konkurrenz gemacht wird, wirklich so wichtig? Die Leute, die Sonntags nach Halle kommen, erscheinen hier nicht bloß, um zu kaufen, sondern um sich hier zu amüsieren. Nach alledem liegt natürlich kein Grund vor, sich mit solcher Hartnäckigkeit gegen die Sonntagsruhe der Handbessergestellten zu wehren. — **Stadtbürgermeister:** Paulsch meinte, was bei Sonntags von auswärtigen Kunden gekauft werde, ginge in die Millionen.

Zur den Antrag Ziele auf Berücksichtigung hinunter nur unsere Gesetzen und dann würde über die Beitritt zur Tagesordnung übergegangen. — **Darauf** geschlossene Sitzung.

In der geschlossenen Sitzung wurde der Schulbaufrau Auguste Schöbel ein Bußgeld von jährlich 358 Mk. bewilligt und dem bejahrten Viehhofinspektor Carl Strauß ein solches in Höhe von jährlich 981 Mark. — **Schluss** nach 1 Uhr.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 24. November

Von unseren Hoffmannsarbeiten.

Wittere Klage wird von den Hoffmanns über die Schwierigkeiten geführt, die gemacht werden, die Arbeit zu erlangen ist. An den Kontor des Tiefbauunternehmers Paulsch, Reichelshoferstraße, der die Hoffmannsarbeiten geachtet Erarbeiten an der Heidestraße ausführt, steht geschrieben: „Arbeiter werden nicht eingestellt.“ Vom Weidmann beim Tiefbauamt werden die Hoffmanns nach dem Straßenbau am Weinberg zu Halling geschickt, dabei aber gleich die Bemerkung gemacht: Er wird nicht genug Arbeiter haben. Die Hoffmanns gehen nun dorthin, werden aber meist nicht angenommen.

Gestern, Montag, wurden von mindestens hundert Hoffmanns, die nach dem Weinberg gekommen waren, höchstens zwanzig Mann angenommen, die anderen wurden alle für später wieder bestellt. Man schickte unter den arbeitssuchenden Arbeitern Ausweise zu halten. Sollen nun die Hoffmanns alle Tage mit Schippe und Spaten hinauslaufen, um wieder abgewiesen zu werden oder will man ihnen dadurch das Wiederkommen verhindern? Die Hoffmannsarbeiten sind doch lange genug beschlossen, um endlich ernstlich in Angriff genommen werden zu können. Man muß doch auch bedenken, daß sich alle Tage neue Hoffmanns melden, die auch untergebracht werden könnten, wenn etwas Regel in die Verteilung der Hoffmannsarbeiten gebracht würde. Warum werden solche Arbeiten nicht in eigener Regie ausgeführt oder die Unternehmern weitestgehend angewiesen, die Arbeiter, die ihnen zugesichert werden, auch zu beschäftigen?

Man schafft dadurch nur Erbitterung unter den Arbeitern, die sowieso schon durch ihre traurige Lage niedergedrückt sind. Das man die verheirateten Arbeiter zuerst berücksichtigen, ist selbstverständlich, aber man sollte sie ohne Unterschied berücksichtigen. Es gibt bei solchen Arbeitern genug leichte Arbeit, die auch von solchen gemacht werden können, die nicht mit Schippe, Karre und Spaten umzugehen wissen oder schwächlich sind. Man sollte also nicht die kräftigsten bevorzugen. Denn gerade die schwächlichen Arbeiter be-

dürfen zuerst der Hilfe, da sie weniger widerstandsfähig sind und am wenigsten bei anderen Unternehmern auf Unterlassungen rechnen können. Wir hoffen, daß durch diesen Hinweis die jetzige Hoffmannsarbeit beseitigt und System in die Hoffmannsarbeiten gebracht wird. Im übrigen möchten wir allen arbeitssuchenden Hoffmanns raten, sich beim Magistrat bzw. bei den zuständigen Abteilungen zu melden, damit man „oben“ sieht, wie viele Hoffmanns es gibt und wie viel Brot zu liefern ist. Vielleicht, etwa durch Beruf des Hoffmanns z. entlassen dadurch nicht, da die Hoffmannsarbeiten doch nicht als Armenunterstützung angesehen werden. Durch zeitliche Wechsellung kann der Magistrat schon vor der Arbeitslosmachung sehen, wie viel Hoffmanns vorhanden sind. Auf alle Fälle möchte die Hoffmannsarbeiten anders eingerichtet werden, wenn den armen Arbeitern wirklich geholfen werden soll.

Einem Vorschlag zur Güte

machte angesichts der Finanznot des Reiches ein hiesiger Arbeiter, indem er vorschlägt, an Stelle der arbeitende Bevölkerung besonders bedrückenden Zölle und Abgaben eine Steuer auf — Zehlfünftel einzuführen. Bei seinem Suchen nach Arbeit ist dem Arbeiter dieses neuen originellen Steuer-vorschlags ausgefallen (und es wird Hunderten anderen Arbeitern ebenso ergangen sein), daß in den meisten Verhältnissen, Fabriken, Läden und Büros eine außerordentlich hohe Zahl von Lehrlingen vorhanden sind, die in gar keinem Verhältnis zur Zahl der sonst beschäftigten Arbeiter oder Angestellten steht, und daß die meisten Lehrlinge nur als willige und billige Ausbeutungsbjekte zu betrachten sind.

Uns eräugt der Arbeiter nicht Neud. Denn mancher stramme Anzeigernehmer kann sich nur als patriotischer Gutsaufrechter bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten beteiligen und betätigen, weil er die Lehrlingszahl aus dem ff versteht.

Das aber eine solche Lehrlingssteuer (deren Vorschlag wir nur in humoristischer Sinne auffassen) manchem Arbeiterlosen auf die Beine helfen könne dadurch, daß mehr Arbeit für erwachsene Arbeiter frei würde, ist eine irrige Auffassung unserer Arbeiterlosen. Denn so lange es noch Arbeiter gibt, die in ihrer langjährigen gewöhnlichen Eigenbedürfnisse lieber noch zwölf Stunden schuften als sich mit Gleichgesinnten zur Erbringung einer kürzeren Arbeitszeit zu verbinden, würde auch eine Lehrlingssteuer, deren Umgebung sich unsere Unternehmer übrigens anlegen sein lassen würden, den Arbeiterlosen nichts helfen. Viel eher würde eine Steuer auf die Dummheit besser wirken, sowohl in finanzieller Hinsicht für den allezeit gebedürftigen Staat als auch in Hinsicht auf das Allgemeinbefinden der Arbeiter, denn dumm will selbst der dümmste Arbeiter nicht sein.

Mögen die Arbeiter für Aufführung unter ihrerseits, für Anschlag in die Organisationen, für Verkürzung der Arbeitszeit für Ausbau der Sozialgesetzgebung usw. sorgen, dann erübrigt sich eine Steuer auf Lehrlinge oder die — Dummheit.

Im Prozeß

zwischen Handbessergestellten und Publikum, wie auch zwischen Handbessergestellten unter sich oder mit Lieferanten usw. bewegen, die wir ununterbrochen Geldbesitzen und hoffentlich Zeitvergebung verursachen, hat die hiesige Handbesserkammer fog. Saderfähigen-Kommissionen errichtet, die sachverständig und unparteiische Gutachten erstatten sollen, um die Streitfragen möglichst auf friedlichem Wege zu schlichten. Diese Kommissionen sind berufen, entstandene Differenzen bei Lieferungen oder Käufen jeglicher Art über Beschaffenheit der gelieferten Arbeit oder Materialien, oder über die Angemessenheit des Preises, oder über Richtigkeit der Ausführung nach Zeichnungen oder Muster, oder über sonstige Mängel der gelieferten Arbeiten, Waren und Materialien, auszugleichen und zu schlichten.

Die Handbesserkammer ersucht in einer Bekanntmachung die Handbessergestellten, von dieser Veranweisung recht regen Gebrauch zu machen, ehe sie den Prozeßweg beschreiten.

Deutscher Montanbund. Die hiesige Ortsgruppe bezieht in ihrer letzten Sitzung in wiederholter Weise Gedächtnis der Toten. Als Vergänglichste ist nur ein Gleichnis vor, woran sich unmittelbar der Vortrag des Largo aus Beethoven's Sonate op. 2 Nr. 2 schloß. Darauf folgte durch ein anderes Mitglied eine feierliche Darbietung darüber, warum wir uns dem Schmerz über Verstorbenen nicht weidmässig abgeben dürfen. Alsdann brachte ein drittes Mitglied eine Rede über den Tod zu Gehör. Einlich wurden entsprechende Gebichte unserer einheimischen Dichterin Ute Müller, Schillers, Goethes und Hebbels und dazwischen an schilleriger Stelle das Largo aus Beethoven's Sonate op. 7 vorgetragen. Die Feier machte einträglich auf alle Anwesenden einen tief erquickenden Eindruck. — Nächste Sitzung morgen, Mittwoch, 8½ Uhr im Schulhause, Poststraße 3, Tagesordnung: „Dreus' Annäherung“.

Zur Verhinderung der Stadt werden jetzt auf der Weinbergstraße alle Mastenbäume gefällt, da ein Teil von ihnen den Weg alle Hoffmanns gegangen, also abgehoben werden. Es soll die ganze Straße mit Linden bepflanzt werden. Man wird also einige Straße auf Baumstämme warten müssen, aber schon er wird sich die Straße im Schilde des nächsten Weihnachtsfestes zeigen.

Von der Hoffmanns-Kommission am hiesigen hiesigen Schlachthof und Viehhof wurden am Montag, den 23. Novbr., folgende Beschlüsse gefasst: Es wurden bezahlt für 50 kg Fleisch gemischt für Schen 58—63, Bullen 59—63, Rube 50—60, Jungrinder —, Mastfäule —, Saugfäule 62—68, Kammer

Als Vertrauens-Sache

des Kaufmanns. **Geschw. Loewendahl** führen seit Bestehen ihres Geschäfts in Sammet und Seidenpflüch dieselben Marken und haben durch diese, als **werttest** bewährten Qualitäten den großen Ruf in dem Artikel. Das Beste — das Billigste trifft bei solcher Konfektion noch mehr als sonst zu, außerdem sind **Geschw. Loewendahl** durch ihren großen Konsum so leistungsfähig, daß man bei ihnen auch diese Spezialität außerordentlich vorteilhaft kauft. Die Auswahl in Formen und Größen (auch extra weit) kann in einem Engros-Geschäft nicht größer geboten werden, als bei **Loewendahl's**.

kann man den Kauf eines Sammet- oder Pflüch-Jackets bezeichnen, denn es passiert nicht selten auch Fachleuten, daß sie in der Beurteilung der Qualitäten fehlerhaft; eine sichere Gewähr bietet nur die alte Erfahrung. Das Beste — das Billigste trifft bei solcher Konfektion noch mehr als sonst zu, außerdem sind **Geschw. Loewendahl** durch ihren großen Konsum so leistungsfähig, daß man bei ihnen auch diese Spezialität außerordentlich vorteilhaft kauft. Die Auswahl in Formen und Größen (auch extra weit) kann in einem Engros-Geschäft nicht größer geboten werden, als bei **Loewendahl's**.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung. Montag, d. 23. November, vormittags 11 Uhr.
Im Ministerrath: Freiherr v. Heinebinder, v. Wolffe.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die **Regelung der Beamten zur Gemeinde-Einkommensteuer.**
Minister des Innern v. Wolffe: Der Entwurf ist bereits von dem Herrn Finanzminister bei der Beratung der Beamten-Entlassungsgesetze angehängt worden. Es müßte von einer Regelung der Beamten in der Weise abgesehen werden, daß bei Aufhebung des Kommunalsteuerprivilegs der Beamten eine Entschädigung aus Staatsmitteln erzielten. Es würde dazu ein Bedarf von jährlich 10 Millionen Mark notwendig gewesen. Der Entwurf beschränkt sich daher auf Einschränkung des Kommunalsteuerprivilegs in der Weise, daß die bis zum April 1909 angestellten Beamten es bei dem bisherigen Zustand bleibt, während die nach dem 31. März 1909 angestellten Beamten zur Gemeinde-Einkommensteuer herangezogen werden sollen, sofern nicht mehr als 100 Proz. Zulage erhoben wird.

Abg. v. Groll (Zentr.): Durch die Vorlage werden viele Kategorien von Beamten eingeführt, welche die vor und solche die nach dem 31. März 1909 angestellt werden.
Diese Differenzierung scheint mir sehr unglücklich gewählt, denn sie bietet für eine ganze Generation keinen und wird in dieser Zeit viel Unzufriedenheit unter den betroffenen Beamten erzeugen. Im übrigen ist es gewiß berechtigt, daß die Beamten an der Entlohnung der Gemeinde, in der sie wohnen, interessiert werden müßten, daß sie wie die anderen Bürger Steuern zahlen. Vielleicht könnte man bei ihrer Bewertung den halben Steuerfuß zugrunde legen. Dadurch würde die Belastung der einzelnen Beamten nicht so sehr groß werden, aber den Gemeinden doch eine erhebliche Mehreinnahme zugeführt. Es wird eingehender Beratungen in der Kommission bedürfen, um die hier sich direkt widerstrebenden Interessen einigermaßen abzurufen. Ich erwarte, daß eine solche die Lebensbewegung der Vorlage an die uns lieben Mitglieder verbriefte Gemeindefunktion. (Bravo! im Zentr.)

Abg. v. d. Groeben (son.): Meine Freunde sind von jeder Seite die von den Vätern gewünschte völlige Beseitigung des Kommunalsteuerprivilegs der Beamten gewesen. Wir haben auch früher Bedenken gegen die Vorlage, wollen uns aber jetzt nach keiner Richtung binden, sondern werden die Vorlage eingehend in der Kommission beraten.
Abg. Dr. Schröder-Kassell (natl.): Das Einkommensteuerprivileg der Beamten war früher durchaus berechtigt, weil das Einkommen der Beamten im Etat klar zutage lag, nach Einführung der Selbstbeschäftigung ist dieser Grund fortgefallen und nur noch andere Gründe geblieben, daß die Beamten für ihren Wohnort nicht zahlen können. Eine sofortige Aufhebung des Kommunalsteuerprivilegs würde ohne Entschädigung nicht denkbar; andererseits aber ist die Forderung einer solchen Entschädigung bei der augenblicklichen Finanzlage nicht möglich. Daher bleibt uns nichts übrig als der Reg. den die Vorlage vorzulegen. Die Anregung des Herrn Gerold erscheint mir sehr bemerkenswert; zu prüfen wäre es, was man nicht den halben Steuerfuß nach oben festlegen müßte, um eine zu große Belastung der Beamten zu vermeiden. Eine patriotische Maß wäre es, wenn auch unsere Städteverwaltungen auf ihre Steuerprivilegien, und zwar ohne Entschädigung, verzichtet würden. (Bravo! links.) Zugleich erinnere ich an den in Aussicht gestellten Entwurf, wonach die Ständesherren zu den Schulden herangezogen werden sollten. (Bravo! b. d. Natl.)

Abg. Ziegen (freis.): Meine Freunde begrüßen die Vorlage mit Freuden. Die Gründe, die gegen die sofortige gänzliche Aufhebung des Beamtensteuerprivilegs sprechen, haben uns überzogen. Den Hauptvorteil von der Vorlage werden die wohlhabenden Gemeinden mit geringem Einkommensteuerprivileg haben können, besonders viele Beamte mobiler. Immerhin bedeutet der Entwurf einen kleinen Fortschritt auch für die armen Gemeinden. Deshalb hat ein großer Teil meiner politischen Freunde auch mit Bedauern bemerkt, daß nicht für alle Beamten, z. B. nicht für die Geistlichen, die Aufhebung des Kommunalsteuerprivilegs angebracht wird. Ministerialdirektor Schwaibkopf: Die Veranlassung der Ständesherren zu den Schulden besteht aus folgenden Umständen: In der ersten Hälfte des Jahres 1908 sind in den Gemeinden 10 Millionen Mark an neuen Schulden aufgenommen worden. Diese Schulden sind zum Teil durch die Aufhebung des Beamtensteuerprivilegs entstanden. Die Veranlassung der Lehrer zur Aufnahme dieser Schulden ist die Veranlassung der Beamten, die im letzten Jahr 3 1/2 Millionen Mark bedeuten. Eine solche Belastung in diesem Augenblick stünde in zu großem Widerspruch zu der geplanten Erhöhung der Lehrgelder. Es ist daher das Beste, an dem historisch gewordenen nicht zu rütteln.

Abg. Heinebinder (Frei. Vpl.): Wir sehen in der Vorlage eine Verbesserung, die aber nicht unsere Erwartungen entspricht. Die Entlohnung von 10 Millionen Entschädigung bei der völligen Beseitigung des Kommunalsteuerprivilegs ist nicht zu hoch. Zudem würde die Entschädigungskonten von Jahr zu Jahr geringer werden. Davon, daß die größten Gemeinden am meisten Vorteil von der Beseitigung des Kommunalsteuerprivilegs der Beamten hätten, sollte ich nicht bezweifeln müssen, denn die Gemeinden sind auch die leistungsfähigsten, sie sind die Steuerträger. Man spricht von der Berechtigung des Historisch gewordenen. Es handelt sich hier aber lediglich um menschliche Einrichtungen, die feiner gegen den Willen der Gesamtheit getroffen werden können. Wir wollen aber nicht ewig die Ketten vergangener Jahrhunderte herumtragen. (Sehr gut! links.) Um mindestens die Hälfte des Kommunalsteuerprivilegs der mittleren Staatsbeamten gleichmäßig beseitigt werden. (Bravo! links.)

Abg. Wolff-Lissa (Frei. Vpl.): Das Kommunalsteuerprivileg ist nach dem Gesetze von 1822 nichts anderes als ein Zuschlag der Gemeinden zu den unzureichenden Gehältern des Staats. Der autoritative Gesetzgeber von 1822 konnte den Beamten die Kosten auferlegen, die er wollte. Der historische Gesetzgeber hat heute nicht mehr den Standpunkt innehalten müssen, daß der Staat seine Pflichten gegenüber den Beamten selbst zu erfüllen und nicht andere dazu heranzuziehen hat. Daraus ergibt sich, daß das Beamtenprivileg heute eine Berechtigung mehr hat, sondern daß der Staat die Mittel hierzu beschaffen muß, um die Beseitigung des Steuerprivilegs der Beamten durchzuführen. Das ist ein historischer Vorgang, der ein großes Heer von mittelbaren Staatsbeamten dazu gezwungen ist. Die Beamten wünschen vielfach selbst die Aufhebung dieses Privilegs, weil sie es als ungerechtfertigt empfinden. Die sogenannten historisch gewordenen Zustände riechen nach

Robber; je eher wir sie beseitigen, desto mehr gelangen wir zu einem modernen Staat, der die Rechte des Rechts nicht behält, es nicht Preußen in Deutschland voran, sondern Preußen in Deutschland an letzter Stelle! (Bravo! links.)

Abg. Groll (Zentr.): Mit der Vorlage sind wir einverstanden, bedauern es aber, daß die Regierung aus hier wieder auf halbem Wege stehen geblieben ist und nicht die Steuerfreiheit der Beamten völlig aufgehoben hat. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die 10 Millionen, die für die Entschädigung gebraucht würden, sich im Laufe der Jahre vermindern würden. Graf v. d. Groeben sprach von einem Gehalt an die großen Städte. Man könnte umgekehrt sagen, daß bisher die großen Städte dem Staat ein Gehalt gemacht haben; allerdings nicht freiwillig. 1/2 der Mill. Entschädigung würde allein auf Berlin und Umgebung entfallen. Von dem Vorschlag Gerold, die Hälfte des Steuerfußes von den Beamten zu erheben, verpichte ich mir nicht viel. Wir verlangen die völlige Beseitigung des Steuerprivilegs. Die Beamten werden die Aufhebung des Privilegs ebenfalls begrüßen, denn sie erhalten dann auch die vollen Rechte in den Gemeinden. Wenn Beamte durch höhere Steuerzufolge in einzelnen Gemeinden benachteiligt werden, so ist es Sache der Staatsregierung, diesen Nachteil durch Ortszulage auszugleichen. (Sehr richtig! b. d. Natl.) Von verschiedenen Nebenbei ist bereits dagegen Einspruch erhoben, daß nicht auch den Geistlichen und Lehrern das Privileg genommen wird. Aber wir sind in der Meinung, es ist empfindlich, eine Klasse von Beamten nicht anders zu behandeln als die anderen Beamten. Die angeführten historischen Gründe, die ich augenblicklich nicht nachprüfen kann, könnten jedenfalls höchstens für die Geistlichen in Betracht kommen. Natürlich müßte den Lehrern dann auch das Recht gegeben werden, als Stadtverordnete gewählt zu werden. Das wird übrigens den Gemeinden nur zum Nachteil sein, da die Beamten nicht wollen, wenn wir die Wahl hätten zwischen der Städteordnung von 1808 und der heutigen, würden wir ohne weiteres die von 1808 nehmen. Dem kann ich doch nicht so ganz beistimmen, denn die Städteordnung von 1808 enthielt ein Zensurverbot und das Hausbesitzprivileg in viel härterer Fassung als die heutige. Ich würde die Ausführungen des Herrn Heinebinder dahin interpretieren kann, daß es notwendig ist, die Gehälter bei der Städteordnung von 1808 zugrunde legen, wenn auf das heutige Gesetz zu übertragen, können wir damit wohl einverstanden sein. Ich würde es mit Freuden begrüßen, wenn es zu einer prinzipiellen Verringerung der Städteordnung unter Beseitigung ihrer realistischen Bestimmungen käme, wie es den Bürgern der meisten Städte seit der Weisung entspricht. Befürchte es, den Geist, von dem Freiherr von Stein befehlet war, auf die heute geltende Städteordnung zu übertragen, so wäre das für das Ansehen des Freiherrn von Stein die würdige Feier. (Bravo! links.)

Abg. Schröder (son.) wünscht, daß die Staatsregierung auch bis bisher von ihrem Heftigen Gebrauch, den Kommunen die Erhebung von Steuerzuschlägen über 100 Proz. zu unterlagen.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Hausmann (natl.) wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Die Vorlage geht an die verbriefte Gemeindefunktion. Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten.

Amtspflichtverletzungen von Beamten

bei Ausübung der öffentlichen Gewalt.

Zugriffminister Beller: Der Entwurf enthält im wesentlichen dasselbe wie die von dem letzten Landtag wegen Schlußes der Session nicht beratschiedenen Vorlagen. Die Regelung dieser Materie ist wiederholt von verschiedenen Seiten dringend gefordert. Abgesehen von dem Beschluß des deutschen Juristentages und Anregung aus lautmännlichen Kreisen hat auch dieses hohe Haus diesen Wunsch wiederholt geäußert. Auch der Reichstag hat sich mehrfach mit dieser Materie, der ich im wesentlichen mit dem preussischen Recht, liegt vor. Eine Haftung des Staates für Amtspflichtverletzungen seiner Beamten kann das Ansehen des Staates nur heben. Die Vorteile im übrigen liegen auf der Hand. Der Geschädigte wird stets einen zahlungsfähigen Gegner vor sich haben und auch die Beamten werden die Verantwortung zweifelslos vorziehen. Es ist nicht die Aufgabe des Gesetzes, die Verantwortung der Beamten, sondern der Bürgerlichen Gesellschaft obliegt, aufzugeben, sie soll nur anders geregelt werden. Dem Staate bleibt die Rechtspflicht gegen den Beamten, sonst läge die Gefahr vor, daß die Beamten es an der nötigen Sorgfalt fehlen ließen. Bei Kommunalbeamten tritt an die Stelle des Staates der Kommunalverband; bei Lehrern und Schullehrern der Schulverband. Gegen die Haftung des Schulverbands hatten sich damals lebhaft Bedenken erhoben. Die Regierung glaubt aber, von dieser Haftung nicht absehen zu können, zumal in der Praxis solche Fälle selten vorkommen werden und bei weniger leistungsfähigen Gemeinden auch der Staat helfen einzugehen hat. Die Regierung ist gemäß, in den Etat einen Betrag einzubringen, der ausreicht, um die Zweckmäßigkeit der Haftung, der Entwurf von dem Hause mit Wohlwollen aufgenommen werden wird.

Abg. v. H. m. r. (son.) beantragt die Ueberweisung der Vorlage an die 21 Mitglieder zu verstarkende Justizkommission. Der Entwurf ist von liberaler Seite als ein Fortschritt in staatsrechtlicher und sozialer Beziehung bezeichnet worden. Wir können diesen Standpunkt nicht teilen. Wir bemerken zunächst bei der Beurteilung dieser Vorlage, um ein Beispiel zu geben der Meinung, daß die Materie nicht nur vom theoretischen und politischen Standpunkt, sondern vor allem mit Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Wirkung behandelt werden muß. Wir wissen nichts von bestimmten Vorfällen auf diesem Gebiete, durch welche das Rechtsgut des Volkes verletzt worden wäre. Wir begreifen von Staatsbeamten, insbesondere von Gerichtsbeamten, erkennen nur eine Haftung des Staates als berechtigt an. Dagegen können wir uns entscheiden gegen eine Haftung der Kommunalverbände, denen die Zweckbedürfnisse und Amtsverhältnisse gleichgestellt werden, denn hierdurch würden sehr häufig hinfällige Schulden entstehen. Es wäre z. B. nicht ausgeschlossen, daß ein Dorf für einen Gemeindefall einen Betrag von 1000 Mark für einen Schadensfall für eine hohe Summe haften müßte. (Sehr wohl! rechts.) Wir halten es nicht für angebracht, nur um des Prinzips willen die Kommunen schweren wirtschaftlichen Schädigungen auszuliefern. Ganz unannehmbar ist für uns die Haftung der Schulverbände. Für die Lehrer sollte vielmehr der Staat die Haftung übernehmen. Hierfür wird die Frage bezüglich der Lehrern, auch die Schulverbände fortlassen. (Bravo! rechts.)

Abg. Heinebinder (Zentr.): Wir sind mit dem Antrag auf Ueberweisung der Vorlage an die verbriefte Justizkommission einverstanden. Nachdem fast alle größeren Justizstellen und auch das Reich diese Materie regeln, halten wir diese Regelung auch in Preußen für notwendig, aber auch mit halbem Herzen Bedenken gegen den vorliegenden Gesetzentwurf. Ueber die Frage, ob ein Beamter sich ein Verschulden hat zuschulden kommen lassen, muß der ordentliche Richter entscheiden, die Entscheidung des Kompetenzhofes lehnen wir ab. Auch den Bedenken des Herrn Korrespondenten gegen die Haftung der Kom-

munal- und Schulverbände schließen wir uns an. Wir sind aber durchaus keine Anhänger der Resolution, sondern hoffen, daß sie in der Kommission eine Gestalt erhält, die uns die Zustimmung ermöglicht. (Bravo! i. Zentrum.)

Abg. Dr. Köhling (natl.): Meine Freunde sind mit der Vorlage einverstanden. Die Fälle, welche Herr Beller vermischt, habe ich feinerzeit ausführlich angeführt und gerade daraufhin hat Herr Beller erklärt, seine Freunde würden dem Antrag auf Ueberweisung eines solchen Gesetzentwurfs zustimmen. (Sehr wohl! links.) Bedenken im einzelnen haben auch wir insbesondere gegen den Kompetenzkonflikt.

Abg. Merin (son.): Wir halten das Gesetz für nützlich, teilweise für notwendig. Gegen die Gefahren der Haftung können sich die Schulverbände usw. leicht verteidigen.

Abg. v. d. Groeben (Frei. Vpl.): Das Gesetz entspricht einer alten Programmforderung meiner Partei. Ueber die Berechtigung des Schadensanspruches müssen auch nach unserer Meinung die ordentlichen Richter entscheiden.

Für unbillig halten wir, daß Gemeinden halten sollen für Vergehen von Lehrern, die gar nicht von ihnen angelegt sind; hier muß die Haftung des Staates, der die Anstellung vornimmt, eintreten. In der Kommission werden wir Herrn Beller eine Reihe von Fällen vorlegen, wo ein solches Gesetz als eine Nothwendigkeit erwiesen. Von einer großen Belastung der Steuerträger durch die Vorlage kann keine Rede sein; wir haben das Vertrauen zu unserer Verwaltung, daß solche Fälle nur selten vorkommen werden. (Bravo! links.)

Abg. v. d. Groeben (Frei. Vpl.): Wir halten das Gesetz ebenfalls für notwendig und nützlich. Die Erhebung des Kompetenzhofes lehnen wir ab. In allen anderen Bundesstaaten und auch in Preußen ist die Entscheidung über eine Amtspflichtverletzung vorliegt, durch die ordentlichen Richter getroffen.

Abg. Heinebinder (Zentr.): Trotzdem meine Freunde in der verfallenen Justizkommission ihren Sitz haben sollen, werden ich mich bemühen, mich kurz zu fassen. Für uns ist die seit einhellige Freude der bürgerlichen Parteien über diesen Entwurf ein Zeichen dafür, wie außerordentlich bedeutsam man in Preußen den Schaden ist. Der Grund ist, daß der Staat heute für die Vergehen seiner Beamten, scheint mir eine ganz selbstverständliche Forderung jeder Gerechtigkeit zu sein, und es dürfte wohl in keinem anderen Parlament möglich sein, daß die Notwendigkeit eines solchen Entwurfs noch bestritten wird. Die Staatsregierung ist sich ja schon seit zehn Jahren darüber klar, daß der bestehende Zustand nicht haltbar ist; aber sie hat nicht den bequemsten Grund angeführt; quiescent non movet. (Sehr richtig! nicht bewegen.) Ich würde es wohl erwünschten, wenn die Materie rechtsgleich geregelt werden könnte. Dann wäre vor allem die Möglichkeit gegeben, anzuknüpfen gegen die Bestimmung des § 6 der Vorlage, die eine außerordentliche Höhe gegen die Arbeiter bedeutet. Wenn nämlich ein Arbeiter infolge der Anordnungen eines Beamten verunglückt, so kann er im äußersten Falle auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes nur einen Anspruch auf höchstens 1000 Mark geltend machen. Dieser Betrag ist für die Arbeiter ein sehr geringes, wenn die Arbeiter rechtsgleich geregelt werden könnte. Dann wäre vor allem die Möglichkeit gegeben, anzuknüpfen gegen die Bestimmung des § 6 der Vorlage, die eine außerordentliche Höhe gegen die Arbeiter bedeutet. Wenn nämlich ein Arbeiter infolge der Anordnungen eines Beamten verunglückt, so kann er im äußersten Falle auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes nur einen Anspruch auf höchstens 1000 Mark geltend machen. Dieser Betrag ist für die Arbeiter ein sehr geringes, wenn die Arbeiter rechtsgleich geregelt werden könnte.

Wenn die Möglichkeit gegeben wäre, jeden auch nur vermeintlichen Uebertreffer von Beamten mit dem ordentlichen Richter vor Gericht zu ziehen, so würde sich dadurch das Ansehen der Beamten im Volke erhöhen werden. In England, wo diese Möglichkeit besteht und wo die ordentlichen Gerichte häufig mit geradezu dramatischer Strenge gegen Beamte vorgehen, hat gerade dieser Umstand nach meiner Ueberzeugung zu dem hohen Ansehen geführt, das auch die unteren Sicherheitsorgane des Staates in England genießen. Die Komplexionierung ist nicht zu einem Grund des Gesetzes von 1854. Sie kam also zum Zeit der hintersten Reaktion, in der die Staatsregierung mehr noch als heute sich als Herrin des Staates fühlte und die Bürger als ihre Untertanen ansah. Wenn man freilich manche Reden Wilhelm I. liest, wird man finden, daß auch heute die Untertanen-Idee noch nicht ganz ausgeblieben ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Vor allem spricht gegen den § 2 auch die Tatsache, daß für Reichsbeamte der Konflikt nicht erhoben werden kann. Auch ist die Tatsache nicht bestritten worden, daß man in anderen Bundesstaaten den Konflikt überhaupt nicht kennt. Die Motive des Entwurfs sagen, man brauche das Sicherheitsprivileg des Konflikt, weil sonst die Ansprüche an den Staat sich zu sehr steigern würden. Andererseits aber betont man, daß die Kommunalverbände die Haftung für Verletzungen aus dem Grunde, daß die Beamten, die vom Staat zu einem ganz geringen Gehalt ernannt werden, nur sehr geringe feien würden. Dann ist um so weniger einzulernen, warum der Staat fürchtet, ihm würden durch die Uebernahme der Haftung zu große Kosten entstehen. Wie viele Gründe, denen ebenen Wohlthätigkeit und Fabelhaftigkeit offen zu liegen liegt, werden eben nur herbeigezogen, weil man ein Motiv, das man seit 1854 in Händen gehabt hat, nicht aus der Hand geben will.

Ingenügend erscheint uns weiter die Bestimmung des § 1 Absatz 2, wonach der Staat den Schadensersatz bei Schädigungen, die der Beamte im Zustande der Wechselschuldigkeit oder bei krankhafter Störung der Geschäftsfähigkeit verursacht hat, nur übernehmen soll, falls es die Billigkeit erfordert. Dadurch wird das Verbleiben des Entwurfs über den Schaden, die vom Staat zu einem sehr geringen Gehalt ernannt werden, nur sehr geringe feien würden. Dann ist um so weniger einzulernen, warum der Staat fürchtet, ihm würden durch die Uebernahme der Haftung zu große Kosten entstehen. Wie viele Gründe, denen ebenen Wohlthätigkeit und Fabelhaftigkeit offen zu liegen liegt, werden eben nur herbeigezogen, weil man ein Motiv, das man seit 1854 in Händen gehabt hat, nicht aus der Hand geben will.

des Staates nur in geringem Umfange anerkannt werden könne. Wir erkennen also an, daß das Gesetz gegen den bestehenden Zustand keine Verbesserung bedeutet, behaupten aber, daß dieser Fortschritt bedauerlich ist, mit einer Reihe einschneidender Bestimmungen, denen wir eine innere Berechtigung nicht zuerkennen können. (Bevvalb. B. d. Ges.)

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage geht an die vergrößerte Justizkommission.

Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Vizepräsident Dr. Krause schlägt vor, die Fortsetzung des Zeitpunktes und der Tagesordnung der nächsten Sitzung dem Präsidium zu überlassen.

Abg. Frdr. v. Jeditz (freisinn.) wünscht, daß beim Wiederankommen des Hauses die Anträge auf Veränderung des Veranlassung auf die Tagesordnung gesetzt werden. (Vizepräsident Dr. Krause sagt Ermüdung dieses Hauses zu.)

Abg. Vorqmann (Ges.) regt an, daß die Interpellation desentrums über die Arbeitslosigkeit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werde und führt Beiwörter darüber, daß in die vergrößerte Justizkommission kein Sozialdemokrat entsandt werden solle, obgleich für die Justizkommission die Mitgliedschaft eine sozialdemokratischen Abgeordneten vorgezogen wird.

Vizepräsident Dr. Krause: Es handelt sich hier um eine neue Interkommission und nach den Vereinbarungen war eine andere Bestimmung nicht möglich. Die andere Ansetzung des Herrn Vorqmanns wird auch erwidert. Soweit ich weiß, entspricht es der Ansicht des Herrn Vizepräsidenten, diese Interpellation auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Der Vorsitz des Präsidiums wird angenommen.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Aus den Nachbarreisen.

Seig. Große Protest-Verammlung. Heute, Dienstag abend findet im Schützenhaus die Protest-Verammlung gegen die geplante Tabaksteuer statt. Genosse A. Thiele, Halle referiert. Jedermann soll kommen, die Verammlung ist sehr wichtig.

Am 23. Nov. (C. H.) Freier. Montag früh kurz nach 6 Uhr entzündet auf bisher unangelegte Weise Feuer, welches die Scheune des Gutsbesizers Stehert vollständig einäscherte. Dem Umstand, daß die angrenzenden Stallgebäude neu und mit malten Giebeln versehen sind und den Bemühungen der Feuerwehr ist es zu danken, daß das Feuer nicht weiter um sich greifen konnte.

Zeichen. Achtung, Frauen! Der Sozialdemokratische Verein hat für seine weiblichen Mitglieder zu morgen, Mittwoch, abend eine Verammlung im „Alten Stern“ angesetzt, in der Genosse Leopold über die Frauen-Konferenzen in Nürnberg spricht. Die Konferenzen hat sehr wichtige Fragen behandelt, die sich alle Genossinnen annehmen müssen. Die Verammlung löst pünktlich um 10 Uhr beizugehen, da dann jede Genossin im Lokale sein kommt also alle. Auch Genossen können teilnehmen.

Kriminellen. 23. November. (C. H.) Als des Raubmordverurtheilten des Gattinrath Widius verurtheilt wurde ein gewisser Reinhardt Weffer aus Sondershausen eingezogen. Ob er der wirkliche Täter ist, steht noch nicht fest.

Neigen. 23. November. (C. H.) Ein beim Rittergutbesitzer Schmalz dienendes Mädchen, die Tochter eines Beamten aus Zeitz, entwendete über 20 Mk. Geld in dem Münzenbilde als ein anderes Mädchen, welches das Geld vom Münzenbändler in

Empfang zu nehmen hatte, auf kurze Zeit das Zimmer verlassen hatte.

Hollensain. 23. Novbr. (C. H.) Die aus dem Arbeiteranteil erwähltes, findet Sonntag, den 23. November, nachmittags 3 Uhr eine öffentliche Protestverammlung im Deutschen Saale statt. In dieser Verammlung wird der Kandidat uneres Wahlkreises, Genosse A. Thiele aus Halle, das Vererat übernehmen. An der Ginnoberschule resp. Arbeiterchaft von Hollensain und Umgebung liegt es nun, diese Verammlung zu einem wirklichen Protest, gegen die neuen Steuern und Losen, welche den untersten Volksschichten auferlegt werden sollen, zu gestalten. Niemand soll denken: ohne mich geht es doch auch; sondern ein jeder soll mitbestimmen, diesen Protest zu einem allgemeinen zu gestalten; jeder muß es sich zur Pflicht machen, in beliebiger Verammlung zu erscheinen. Gleichseitig machen wir darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 23. November, 10 1/2 Uhr eine Abendverammlung unter Mitwirkung des Sozialdemokratischen Vereins im Deutschen Saale stattfindet. Wir können nur empfehlen, zu dieser Verammlung recht vollständig zu erscheinen.

Sonnitz. 23. Novbr. (C. H.) Einen recht hübschinnigen „Scherz“ leisteten sich hier an der Firma vier Arbeiter, darunter auch organisierte. Sie hielten einen älteren Mann den Gänzlich aus dem Saale und brachten ihn in das Hofst, das den Arbeitern vor 2 Jahren entzogen wurde und auch jetzt noch nicht zur Verfügung steht. Hier schütteten erstere dem armen Tiere Bier ein und schloßen es wieder in den Stall zurück. Wie leicht hätte der „Scherz“ schlimme Folgen für den Besitzer des Gänzlich haben können. Organisierte Arbeiter hätten wahrlich andere Sachen zu tun, als solche rohe und stumpfsinnige „Witze“ zu machen.

Zeitz. Zum Lokalamp. Der Arbeiterchaft wird hiermit bekannt gegeben, daß der Herr Krug das Volksblatt abbestellt hat; auch der Schneidermeister Hubold will nichts mehr mit dem Arbeiterblatte zu tun haben, ferner der Knappschiffsführer Louis Dänhardt und dessen Bruder Robert Dänhardt. Arbeiter von Zeitz, die sich also, was die Zeite von euch denken. Es muß noch nachgetragen werden, daß zur Firma der Herr Herrmann und der Herr Herrmann Friedrich Hübner bei Krug beim Guld gewesen sind. Arbeiter von Zeitz, der ichone Mann bei Krug im Fenster, ist nur zum Hohe der Arbeiterchaft ausgesperrt, denn er steht nur Sonntag im Fenster. Am Sonntag war die Jugend auf Kosten, was sehr lobenswert ist. Als Vorkontreiber sind noch zu verzeichnen die Herrschaften Ernst Zahn und Robert Krenz; auch der Kontinentier von Grube Paul fällt seinen Kameraden in den Rücken, indem er bei Krug verkehrt. Ferner ist noch mitzutheilen, daß das Vererat über Wiedner in Gommis, welches in Linauf ist, Freigabe ihrer Lokaltäten betreffend, nicht auf Wahrheit beruht, denn Wiedner hat die Sozial-Kommission noch nicht zur Verhandlung herangezogen. Also der Kampf, der uns angeht, ist, wird fortgesetzt, wer zuletzt lacht, lacht am besten.

Nürnberg. 23. November. (C. H.) Ein Falschmünzer wurde in der Veron des Wermeiteits Heinemann in der Verhaftet. Er war als Vermeister der Firma Ralm in der diegenen Straßensituation tätig und hat dort im Verkehr mit Gelangenden dieses „Meier“ erlangt.

Wichtiglicher der Allgemeinen Christenkaufleute haben der Verwaltung einen Antrag eingereicht auf Einführung der Familienversicherung und auf Erhöhung anderer Klassenleistungen. Ferner soll der Vorstand die Vernehmung mit anderen Krankentafeln anbahnen. Morgen, Mittwoch, 7 Uhr, im Hirsch findet nun die Generalversammlung der Vertreter statt und wird über diesen Antrag Beschluß gefaßt werden. Die

Vertreter der Arbeitgeber werden fast alle dagegen sein, deshalb ist es notwendig, daß alle Vertreter der Arbeitnehmer zur Stelle sind. Wer mit einem Vertreter zusammen arbeitet, erinnere sich an diese seine Pflicht. Wenn die Arbeiter auf dem Posten stehen werden sich auch hier bald die möglichsten Klassenverhältnisse befinden.

Sangerhausen. 22. November. (C. H.) Lieber den verstorbenen Genossen Liebau wird uns noch geliebter, Sonntagabend 11 1/2 Uhr verchied unter Genosse und Gredersmann Liebau im 31. Lebensjahre an den Folgen der Pleuritiskrankheit. Er lebte und wirkte, wie er sein Leben lang getrieben hat, er auch gelitten. Sein Leben lang kämpfte der Mann für die Erhaltung seines Lebens gegen die tödliche Krankheit. Nichts hat er unversucht gelassen, indem er sich, als er wollte, er den Tod verlieren, aber immer nach dem Kampf von neuem auf. War er doch eine Kampfplattler Mann, ausdauernd, ging er als Schlichter in die Fremde. So kam er nach Frankfurt a. M., wo er Arbeit nahm. Die Verhältnisse in der Fabrik konnten ihm nicht gefallen, er nahm Gehilfen mit seinem Arbeitskameraden, welche ihn auf die Organisation aufmerksam machten. Unter Hermann trat dem Metallarbeiterverbande bei, dessen Mitglied er bis heute war. Von Frankfurt ging er nach Dessau und arbeitete nach Offenbach, wo er sich für politische Partei anschloß. Das rege Leben, welches sich dort zeigte, hat ihn bis zu seinem Ende nachgezogen. Hier wurde er zum Mitglied ausgehoben und auch eingeweiht. Nach dreimonatlicher Dienstadt wurde er als Solbinalide entlassen, ging zurück nach Zeitz und wirkte dort 2 Jahre als Agitator und Dramantator, was ihm die Genossen in Zeitz nicht vergessen werden. Altem Jahre Krankheit schritt immer weiter vor, jedoch er in die Deilmanns Hofbau bei Magdeburg aufgenommen werden mußte. Aus der Anstalt entlassen, fühlte er sich etwas wohler, kam nach hier, machte ein Fleischergeschäft auf und lebte mit seiner Mutter nur seine Gesundheit. Bis zum Jahre 1903, mit ihm die Wahl. Unter Genosse zog hinaus in den Gärtnersberger Wald und verteilte Flugblätter. Was damit in diesen kurzen Jahren gelang ist, können wenige unserer Genossen schätzen, da heute die Verhältnisse ganz andere sind als damals. Durch Krankheit seiner Mutter 1904 hat er sich gezwungen, im November zu heiraten. Dieser, wegen auch kurze Zeit, war doch eine glückliche. Eine dreijährige Tochter verlor er ihren liebsten Vater. Im Jahre 1906 wurde ihm die Expedition des Volksblattes übertragen, auch war er eine Zeit lang Kassierer des Sozialdemokratischen Vereins, welches Amt er in Folge seiner Krankheit bald wieder abgeben mußte. Im Sommer 1907 stellte er auch das Ausfragen des Volksblattes ein und mußte es seiner Frau überlassen. Montag, den 8. November, sagte ihm der Herr, er solle im Bette liegen bleiben. Er hat es auch nicht weiter verlassen, bis ihm der Tod von seinem Leben entließ.

Hermann Liebau ist gestorben, sein Andenken aber soll in uns weiterleben.

Für die vernünftigen Bergleute in Hamm resp. deren Hinterbliebenen:

Halle. Von den in der Schneiderwerkstatt der Firma Albert Drecher Nachfolger beschäftigten Arbeitern 11., von der Hammendorfer Feilenfabrik Vertriebskraft und Kontor 34.05, bei Wape durch S. 2. - Deutscher Metallarbeiterverband, Zahlreiche Weiblichen 29.95, Cito Weiser, Münzende 4.95, von der im Tiwoli in Gieburg am 21. Novbr. stattgefundenen Volksversammlung 39.95 Mk. Nettwahn.

Der Meid und Haß

der Konkurrenten ist der beste Beweis dafür, wie unangenehm sie es empfinden, daß „Kathreiners Malzkaffee“ sich der steigenden Beliebtheit der nach Millionen zählenden Anhänger erfreut.

Wer „Kathreiners Malzkaffee“ noch nicht kennt, mache einen Versuch und kaufe ein Paket für 10 Pfg. überall erhältlich! —

Billige Hosen.

1000 Hosen

Stoffhosen für Männer von **1 90** Mk. an

Manchesterhosen für Männer in 20 verschiedenen Mustern und **2 90** Mk. an

Engl. Lederhosen in glatt, gestreift und farbig, in 24 verschiedenen **1 95** Mk. an

Kinderleibchenhosen von **65** Pf. an.

Ernst Renner, Marktplat. 14.

Konsumverein Osterfeld.

Die **Rückzahlungen** kommen wie folgt zur Auszahlung und zwar:

- an die Inhaber der Konto-Nummern von 383-577 am Donnerstag den 19. November von früh 10 bis abends 6 Uhr,
- an die Inhaber der Konto-Nummern von 991 bis 1000 und von 1-382 am Donnerstag d. 23. Nov. von früh 10 bis abends 6 Uhr,
- an die Inhaber der Konto-Nummern von 578-990 und die fälligen Guthaben Ausbezahlender am Donnerstag d. 3. Dezember von früh 10 bis abends 6 Uhr.

Alle Auszahlungen erfolgen nur gegen Vorzeigung der Quittungszettel und Kontobücher.

Der Vorstand.

Eine ganze Armee

Kinder ist groß gezogen mit **Karl Koch's „Mähr-Zwieback“**, denn derselbe ist sehr wohl schmeckend, bringt köstlichen Nährwert, behält 3 Jahre lang seine Härte den Anodenbau, verbindet die Kinderkrankheiten als: Rachitis, Skrophulose etc., da er ein Bestandtheil einer guten Nahrungsmittel ist, den der Wütemittel eigenen Nährstoffen und Phosphaten bereitet.

Zu haben in Läden u. Paketen à 10, 20, 30 u. 60 Pfg. in den Apotheken, Drogerien, Colonialwaren-Handlungen und in den durch Blaufarben kenntlichen Verkaufsstellen.

Umsonst



erhalten Sie unsere Sprechmaschine **Umsonst**, wenn Sie eine bestimmte Anzahl echter **Favorite-Platten** monatlich 2 Stück abonnieren. Favorite-Platten kosten überall Mk. 2.- und sind in keinem Geschäft billiger zu haben. Nur wir liefern die Sprechmaschine beste Fabrikate und feinsten Ausführges. Streng reell.

Deutsche Chronophon-Gesellschaft m. h. B., Darmstadt.

Wichtige solvente Vertreter gesucht. Verlangen Sie Katalog Nr. 17

Telegramm!

Mittwoch, früh von 8 Uhr ab

Angelschellfisch, Seekarpfen, Seeaal, Kabliau, Seekarpfen, Rotzungen

alles Pfund nur **20-25 Pfg.**, **Necht 30 Pfg.**

Iebendfrisch aus See von der Fisch-Industrie.

Der Verkauf findet auf dem Hofe des **Gasthofes zur Goldenen Rose, Marktstraße 19**, statt. Wir bitten wegen des geringen Nutzens Einmildelndier mitzubringen.

Das beste Waschmittel

ist **Dr. Thompson's SEIFENPULVER**

1/2 \bar{u} Paket **15** Pfg.

Mittwoch **Schlachtefest** **Marie Böttcher, Triftstr. 2.**

Mittwoch **Schlachtefest** **K. Fromme, Wöhrstr. 20.**

Haben Sie eine kaputte Puppe?

So eilen Sie sofort nach der **Giebichensteiner Puppen-Klinik**

bedeilt wird der beste Zustand wieder hergestellt.

Neu! Sprech-Köpfe, einzig dastehend. Neu!

Außerdem empfiehlt ich noch alle in Betracht kommenden Artikel und gebe auf alle Puppenwünsche 5 Pfg. in bar.

Otto Hesse.

Konsum- u. Produktiv-Verein Zeitz.

Die Stelle eines **Lagerhalters**

ist sofort zu besetzen. Bewerbungen hierzu sind bis **Donnerstag, den 28. November, abends 6 Uhr**, im Kontor einzureichen. Meldende müssen, wenn sie berücksichtigt werden wollen, Mitglied des Vereins sein, sowie 500 Mark Kaution stellen können.

Der Vorstand.

Vorkaufs-Bureau der **Buenaer Kohlen-Werke**, Hallesche Str. 9, Merseburg, Telephon 69. Lieferungsbeginn: Anfang Dezember.

Gasthof „Stadt Landsberg“.

Mittwoch, den 25. November. **Schlachte-Fest.**

Hierzu ladet freundlich ein **Max Schramm.**